

# Frontex-Skandal erreicht den Bund

Berichte über die Vertuschung von Menschenrechtsverletzungen an der EU-Aussengrenze platzen in den Schweizer Abstimmungskampf.

Othmar von Matt

Die Bilder vom 19. April 2020 aus der griechischen Ägäis haben es in sich. Es war das Frontex-Überwachungsflugzeug, das sie in der Nacht live in das Frontex-Lagezentrum in Warschau streamte: Gegen 23 Uhr hatten griechische Grenzschützer ein Flüchtlingsboot gestoppt und die Schutzsuchenden an Bord genommen. «Nach geltendem Recht hätten sie den Geflüchteten nun einen Asylantrag ermöglichen müssen», schreibt der «Spiegel». Das Magazin und die Medienorganisation Lighthouse Reports hatten die Bilddokumente aus dem Innern von Frontex zugespielt erhalten und «zum ersten Mal veröffentlicht», wie Lighthouse schreibt.

Die griechischen Grenzschützer aber setzten die Flüchtenden wieder auf das Schlauchboot – und schleppten sie dann in Richtung Türkei (siehe Bild unten). Das ist ein klarer Pushback, eine illegale Rückweisung.

Der Frontex-Pilot nahm um 3.21 Uhr sein letztes Bild auf. Es zeigte die Flüchtlinge alleine auf dem Meer. Und zwar in einem Schlauchboot ohne Motor, wie Frontex-Beamte feststellten. Um 6.32 Uhr wurden die Menschen doch noch gerettet, von der türkischen Küstenwache. Unter ihnen waren vier Kinder.

## Schweizer im Frontex-Verwaltungsrat

Damit gerät Frontex-Direktor Fabrice Leggeri in Bedrängnis. Noch nie sei ein griechischer Pushback detaillierter aufgezeichnet worden, schreibt der «Spiegel». Er sieht die Bilder als Beweis dafür, dass die Frontex-Führung schon Wochen nach Beginn der Pushbacks von den Vorfällen in der Ägäis wusste.

Die Recherchen des «Spiegel» decken sich offenbar mit den Erkenntnissen, welche die EU-Antibetrugsbehörde Olaf gewann. Sie ermittelte ein Jahr lang gegen Frontex, der immer wieder Menschenrechtsverletzungen und Pushbacks vorgeworfen worden waren. Dafür durchsuchte sie gemäss «Spiegel» selbst das Büro von Frontex-Direktor Leggeri und eines engen Vertrauten. Der Abschlussbericht ist über 200 Seiten lang – und geheim. Selbst die Europaabgeordneten, die Frontex kontrollieren, konnten ihn bisher nicht einsehen. Immerhin erhielten sie eine mündliche Zusammenfassung von Ville Itälä, dem Chef von Olaf.

Im Olaf-Bericht werden gemäss «Spiegel» drei Frontex-Führungskräfte beschuldigt, gegen EU-Gesetze verstossen zu haben. Leggeri selbst soll die menschenrechtswidrigen Aktivitäten griechischer Grenzschützer vertuscht haben – und zwar gegen den Willen seiner eigenen Mitarbeiter. Das dürfte Konsequenzen haben. Das Antibetrugsamt empfiehlt offenbar Disziplinar-massnahmen. Ende März ist ein Treffen des Frontex-Verwaltungsrats geplant, der darüber beraten soll.



Im Frontex-Verwaltungsrat sitzen auch zwei Schweizer: Marco Benz, Vizedirektor des Bundesamts für Zoll und Grenz-sicherheit (BAZG) und Chef Grundlagen, und Medea Meier, Chefin Sektion Schengen, Frontex und Internationale Sicherheits-zusammenarbeit. Benz war als Experte anwesend, als die Regierungsmitglieder Ueli Maurer und Karin Keller-Sutter am 2. März an einer Medienkonferenz zum Frontex-Referendum auftraten. «Die beiden Vertre-

ter der Schweiz werden durch das Bundesamt für Zoll und Grenz-sicherheit gestellt», heisst es im Bundesamt. «Sie wurden aufgrund ihrer thematischen und strategischen Verantwortlichkeiten ausgewählt.»

Damit ist klar: Die Schweiz trägt eine gewisse Mitverantwortung an den Menschenrechtsverletzungen von Frontex. Das Komitee von Bürgerinnen und Bürgern gegen Frontex reagiert nun mit einem offenen Brief an den Bundesrat auf die Enthüllungen. Die Regierung müsse sich umgehend dafür einsetzen, dass der Olaf-Bericht noch vor der Abstimmung über das Frontex-Gesetz publiziert werde, lautet eine Forderung.

Gleichzeitig will das Komitee, dass sich der Bundesrat öffentlich für eine Entlassung von Frontex-Direktor Leggeri ausspricht. Und es verlangt eine lückenlose Aufklärung darüber, ob die beiden Schweizer Frontex-Verwaltungsräte Bundesrat, Behörden und Parlament über die Vorfälle informierten – und was die Behörden wussten.

Für den Bundesrat ist es angesichts des Kriegs in der Ukraine wichtig, dass er den Beitrag zur Weiterentwicklung von Frontex leisten kann. Damit wäre der Verbleib im Schengener Sicherheitssystem gewährleistet. «Wir wollen die gute Zusammenarbeit in Europa im Bereich von Sicherheit und Migration nicht aufs Spiel setzen – gerade jetzt nicht», betonte Keller-Sutter vor den

Medien. «Der Krieg in der Ukraine zeigt, wie wichtig die Zusammenarbeit im Schengen-Raum ist.»

## Menschenrechtsverstöße bestätigt

Finanzminister Ueli Maurer sprach an derselben Medienkonferenz aber auch Klartext zu den Menschenrechtsverletzungen von Frontex. «Da gibt es nichts zu beschönigen», sagte er. «Es gab Verstöße, die wir nicht akzeptieren können. Es gibt Handlungsbedarf.» Gerade deshalb müsse die Schweiz stärker in Frontex vertreten sein – um deren Qualität verbessern zu können. «Damit unsere Werte auch an der EU-Aussengrenze umgesetzt werden.»

Die Schweiz habe die Berichte zu Frontex zur Kenntnis genommen, schreibt das Bundesamt für Zoll und Grenz-sicherheit. Daraus gehe hervor, dass Agentur wie Verwaltungsrat den Vorwürfen konsequenter nachgehen müssten. «Deshalb forderte und fordert die Schweiz im Verwaltungsrat eine gründliche, zeitnahe und transparente Untersuchung aller Pushback-Vorfälle.» Im Abstimmungsbüchlein ist von «Nulltoleranzpolitik gegenüber illegalen Zurückweisungen» die Rede.

Recherchen zeigen zudem: In der EU scheint man erkannt zu haben, dass Frontex mit Fabrice Leggeri an der Spitze ein Problem hat. Indizien deuten darauf hin, dass er nicht mehr lange Frontex-Direktor bleibt.



Die Satellitenaufnahme zeigt, wie griechische Grenzschützer ein Schlauchboot mit Flüchtlingen ins offene Meer ziehen.

BILD FRONTX

# Oberster Polizeidirektor stellt sich gegen seine Partei

Fredy Fässler, SP, Präsident der Polizeidirektorenkonferenz, beurteilt das Referendum gegen Frontex als sicherheitspolitisches Risiko.

Stefan Bühler

ST. GALLEN. Fredy Fässler zählt zu den einflussreichsten Sicherheits- und Migrationspolitikern der Schweiz. Als Polizeidirektor des Kantons St. Gallen ist er für die Kontrolle eines Grenzabschnittes mitverantwortlich, über den besonders viele Asylsuchende in die Schweiz gelangen. Als Präsident der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) sitzt der Sozialdemokrat zudem an einer der wichtigsten Schaltstellen der Schweizer Sicherheits- und Asylpolitik.

## Erste öffentliche Stellungnahme

Im Hinblick auf die Abstimmung vom 15. Mai über den Beitrag der Schweiz an den Ausbau der EU-Grenzschutzagentur Frontex nimmt Fässler

nun zum ersten Mal öffentlich Stellung: «Frontex ist ein unverzichtbarer Teil Europas», sagt er: «Wir können nicht die Grenzen im Innern öffnen, ohne die Aussengrenzen zu kontrollieren.»

## Offen für Kontingenterhöhung

Fässler warnt davor, dass der Bund bei einem Nein zum neuen Frontex-Beitrag seine Mitgliedschaft im Schengen-Verband aufs Spiel setze: «Dann sind wir von dem Sicherheitssystem der EU abgehängt. Für unsere Polizeiarbeit wäre das hochproblematisch.» Der Regierungsrat stellt sich damit gegen seine Partei, die das Referendum gegen den Frontex-Ausbau unterstützt.

Die SP fordert, dass die Schweiz alle zwei Jahre 4000 von der UNO anerkannte Flüchtlinge im Resettlement-

Programm aufnimmt, heute liegt das Kontingent bei 1600 Personen. Ihr Argument: Es brauche für Flüchtlinge einen legalen Weg in die Schweiz, sei diese Bedingung erfüllt, akzeptiere sie den Frontex-Ausbau. Dann ist die SP bereit, diesen im zweiten Anlauf rasch durch die politischen Instanzen zu bringen, wie diese Zeitung am Mittwoch berichtete.

Sozialdemokrat Fässler zeigt sich zwar durchaus offen, die Kontingente für Resettlement-Flüchtlinge zu erhöhen. Und er räumt auch ein, dass es an den EU-Aussengrenzen zu Grundrechtsverletzungen gegen asylsuchende Personen gekommen sei, die mit sogenannten Pushbacks unrechtmässig zurückgewiesen worden seien: «Das müssen wir bekämpfen. Aber wir ändern an den Zuständen an der Aussengrenze nichts,



Nein zu Frontex «ändert an Zuständen an den Aussengrenzen nichts»: Fredy Fässler.

BILD KEY

wenn wir mit einem Nein nun Frontex die Mittel entziehen.»

Grundsätzlich sei er auch nicht der Ansicht, «dass wir das Elend dieser Welt mit unbegrenzter Migration bekämpfen können», sagt Fässler.

## Goodwill in Brüssel sei begrenzt

Er weist weiter auf die europapolitische Komponente der Abstimmung hin: «Anders als meine Partei glaube ich nicht daran, dass wir mit der EU in 90 Tagen eine Lösung für den Verbleib bei Schengen finden werden.» Der Goodwill in Brüssel sei nach dem Abbruch der Verhandlungen über den Rahmenvertrag begrenzt.

Aus Sicht der SP, die eine Annäherung an die EU im Programm habe, sei seiner Meinung nach das Nein zu Frontex «schwer zu erklären».